



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Rede am 19.08.2010 in Erfurt

Liebe Mitstreiter aus den Bürgerinitiativen, liebe Bürgerinnen und Bürger!

Das Wetter hat sich gebessert, unsere Stimmung aber nicht!

Wieder einmal stehen wir vor dem Landtag, um Gerechtigkeit einzufordern.

Wir versuchen weiterhin alle Abgeordneten des Thüringer Landtages für die gesetzliche Beseitigung von Zwangsbeiträgen zu gewinnen.

Danke euch allen, dass Ihr auch diesmal wieder zur Willensbekundung nach Erfurt gekommen seid, stellvertretend für viele tausende Bürger, die unter dem in Thüringen praktizierten Unrecht leiden.

Seit 5 Jahren tritt die Landesregierung bezüglich der Kommunalabgaben auf der Stelle.

Viel wurde versprochen und wenig gehalten.

Nach der Landtagswahl gab es zunächst Signale für mögliche Veränderungen in unserem Sinne. Diese Hoffnungen wurden von der neuen Landesregierung bisher nicht erfüllt.

Wir wollen aber nicht länger warten!

Die Bürgerallianz entschied sich deshalb zu Beginn des Jahres für die Erarbeitung eines eigenen Vorschlages zur Lösung der Problematik der überhöhten Kommunalabgaben.

Bereits am **30.04.2010** übergab die Bürgerallianz einen eigenen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau an alle im Landtag vertretenen Parteien und an die Landesregierung.

Noch in diesem Jahr sollen nun möglichst alle Abgeordneten für diesen Gesetzentwurf gewonnen werden.

Das gegenwärtig willkürlich angewandte komplizierte Beitragsrecht muss weg!

Es ist Unrecht!

Wir hoffen auf eine vernünftige parlamentarische Diskussion im Herbst 2010 zu diesem Thema. Die Fraktion die LINKE und die Bündnis-Grünen werden **am 09.09.2010** unseren Gesetzentwurf einbringen.

Dafür möchten wir uns heute ausdrücklich bedanken!

Der Termin der Einreichung des GE wurde um 3 Wochen verschoben, um Einzelfragen noch vorher zu klären. Auch die Fraktion der FDP hat unseren GE positiv bewertet.

Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz braucht jede Unterstützung.

Betroffene Bürger sollten jetzt mit ihren Landtagsabgeordneten über den GE sprechen.

Kritik an den Zielen der Landesregierung sollte schriftlich an die Ministerpräsidentin oder an dgerichtet werden — möglichst von allen Betroffenen.

Hauptpunkte des Gesetzentwurfes der Bürgerallianz sind:

- + Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz orientiert auf die Abschaffung der Zwangsbeiträge, ohne dass zusätzliche Kosten für den Landeshaushalt entstehen.
- + Dieser Gesetzentwurf ist europatauglich und zukunftssicher.
- + Die Kommunale Selbstverwaltung wird gestärkt und Transparenz wieder möglich.
- + Die vorgeschlagene Infrastrukturabgabe errechnet sich nach der einfachen Methodik der Grundsteuer A und B. Sie erfordert im Durchschnitt (bei gleichem Investitionsniveau!) eine Zahlung von ca. 40,- € pro Grundstück und Jahr.
- + Diese kommunale Abgabe wäre als Nebenkosten abrechenbar.

- + Der GE folgt dem Prinzip: "Was alle nutzen können, müssen alle bezahlen, aber nur in kleinen Beträgen."
- + Bereits bezahlte Zwangsbeiträge werden zurückerstattet bzw. verrechnet.
- Es ist eindeutig festzustellen:
- + Es gibt keine objektiven rechtlichen oder finanziellen Hindernisse für den Wegfall der Zwangsbeiträge.
- + Unser Gesetzentwurf ist realisierbar und bürgerfreundlich.

Aktuelles Eckpunktepapier des Innenministers

- Das aktuelle Eckpunktepapier der Landesregierung als Grundlage für einen Gesetzentwurf wird das bestehende Unrecht nicht abschaffen.
- Dieses Papier bleibt sogar hinter den minimalsten Erwartungen der Bürgerinitiativen zurück.
- Das Papier missachtet den Bürgerwillen und bestehende Gesetze
– es gehört auf den Misthaufen der Geschichte!

Warum handelt die Landesregierung so?

Im Eckpunktepapier blieben offensichtlich wichtige Tatsachen unberücksichtigt, wie:

- * die sächsische Lösung,
 - * der Gesetzentwurf der Bürgerallianz,
 - * die massenhaften Eingaben der Bevölkerung,
 - * die Hinweise aus den Anhörungen und
 - * die Meinungen von bekannten Rechtsexperten
- Dieses Verhalten ist unverständlich.

Wir fordern die ernsthafte Befassung der Landesregierung mit dem Gesetzentwurf der Bürgerallianz.

Die CDU/SPD Koalition will aber offensichtlich die Beitragserhebung nicht abschaffen. Hier ist die Ministerpräsidentin persönlich gefordert, endlich das Unrecht zu beseitigen.

Wir brauchen in Thüringen den gemeinsamen politischen Willen zur Abschaffung der ungerechten Zwangsbeiträge. Die Betroffenen erwarten Hilfe!

Ansonsten drohen: Zwangsbeiträge für ca. 16.000 Hartz -IV – Empfänger!!
 Zwangsbeiträge von ca. 1,5 Milliarden € im Abwasserbereich insgesamt
 dav. 900 Mio € bereits bezahlt, 600 Mio € folgen noch!
 Zwangsbeiträge für Straßenausbau von ca. 260 Mio € rückwirkend
 Zwangsbeiträge für Straßenausbau von ca. 600 Mio € künftig

Für unseren Gesetzentwurf müssen wir in den nächsten Monaten hart kämpfen.

Wir haben 1990, also vor 20 Jahren, gemeinsam bestehendes Unrecht überwunden – und wir werden das durch die Anwendung von Zwangsbeiträgen praktizierte Unrecht in Thüringen auch beseitigen.

Liebe Freunde,

unsere demokratischen Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft (z.B. Volksbegehren?).

Wir geben nicht auf, denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

Ich hoffe wir halten zusammen und werden stärker, denn wir sind das Volk!

Abschließend möchte ich fragen, stimmt Ihr meiner Argumentation zu?

Wenn ja, dann werde ich die Rede als Grundlage für eine Willenserklärung an die Ministerpräsidentin verwenden.

Auch die noch folgenden Redebeiträge werden inhaltlich eingearbeitet.

Danke für eure Zustimmung.

Peter Hammen (LV Bürgerallianz)